

## Kernenergie-Debatte

Indonesien denkt zunehmend darüber nach, das Risiko einzugehen, Nuklearenergie zu nutzen. Die Regierung erklärte, sie plane, dass ihre erste 1.000-Megawatt-Anlage im Jahre 2017 funktionsfähig sein solle, bislang wurde aber lediglich nach einem geeigneten Ort gesucht und eine Durchführbarkeitsstudie vorgelegt.

Der ehemalige Präsident Abdurrahman Wahid gab zu bedenken, dass es noch andere natürliche Ressourcen gebe deren Effektivität bisher noch nicht ausgeschöpft sei. Er erwähnte alternative Energien wie Windgeneratoren, Biosprit und Erdwärme. »Wir brauchen mehr Forschung und Vorbereitung als je zuvor, wenn wir beabsichtigen, ein Kernkraftwerk zu bauen. Denken Sie nur

daran, was in Tschernobyl passiert ist«, sagte er im Anschluss an das Seminar mit dem Titel *Iran's Nuclear Program: What Is It For, Can Indonesia Take A Lesson?*

Internationale Rechtsexperten haben Entscheidungsträgern ins Gedächtnis gerufen, dass es von besonderer Bedeutung ist, sich mächtige Staaten als Verbündete warm zu halten, da diese die friedliche Nutzung von Atomenergie unterstützen können. »Internationales Recht hängt davon ab, wer die Macht hat... Indonesien muss sicherstellen, dass es nie als Achse des Bösen oder als Land, das Terroristen beherbergt, gesehen wird«, so Hikmahanto Juwana, Jura-Professor an der *Universitas Indonesia* in Jakarta.

vgl. The Jakarta Post, 1.2.2008.

## Abkommen zur Transportsicherheit

Die indonesische und australische Regierung weiten ihre seit 1995 bestehende Kooperation im Transportsektor mit einem neuen Schwerpunkt auf Transportsicherheit weiter aus. Die australische Regierung hat gemäß dem erneuerten und erweiterten Abkommen, das die Transportsicherheit in Indonesien verbessern soll, ein Paket für Training und technische Förderung für die kommenden drei Jahre geschnürt, das insgesamt 21,3

Millionen US-Dollar umfasst. Das Paket enthält Trainings für bis zu 40 indonesische Flugtauglichkeitsinspektoren jährlich, und folgt damit internationalen Standards. Des Weiteren sind Beratung und Training des Luftverkehrsmanagements vorgesehen, ebenso wie Bereitstellung von Expertise zur Untersuchung der Transportsicherheit.

vgl. The Jakarta Post, 1.2.2008

## Bioterrorismus-Agentur

Die Zentrale der indonesischen Polizei (Polri) plant, eine Agentur zu gründen, die dazu dient, die terroristische Nutzung von biologischen Waffen in Indonesien zu verhindern. Mehrere Institutionen werden in das Modellprojekt für südostasiatische Länder eingebunden sein. »Die Hauptaufgabe der Agentur besteht darin, Bioterrorismus aufzuspüren und zu verhindern«, so Desman Sinaga, Vorsitzender der internationalen Interpol-Kooperation bei Polri, am

30.1. Die Institutionen, die involviert werden sollen, sind die Anti-Terror Spezialeinheit 88, das Polri Zentrum für Medizin und Gesundheit und das Direktorat für nukleare und biochemische Waffen des Geheimdienstes (BIN). »Diese Agentur wird nicht unter der Obhut von Polri stehen, sondern unabhängig agieren und nur eingreifen, wenn es Anzeichen für mögliche bioterroristische Anschläge gibt«, so Desman.

vgl. Tempointeraktif.com, 31.1.2008

## Pressefreiheit bedroht

Ein Gesetzentwurf, der besagt, dass Journalisten und nicht die Medienkonzerne, für die sie stehen, für jeglichen Missbrauch nicht-öffentlicher Information verantwortlich zeichnen und deshalb Rechtsfolgen befürchten müssen, sorgt derzeit für Proteste in Indonesien. Obwohl der Gesetzentwurf Transparenz fördert, wird befürchtet, dass er eine Bedrohung für die Pressefreiheit in Indonesien darstellt, da er Artikel enthält, die journalistische Arbeit kriminalisieren könnten.

Sabam Leo Batubara, Generalsekretär der Vereinigung der Zeitungsherausgeber, sagte am 29.1.2008, dass der Entwurf die Medien entmutigen würde, über Unregelmäßigkeiten in staatlichen Einrichtungen zu berichten. Als problematisch wird beispielsweise Artikel 49 des Entwurfs angesehen, der besagt, dass jeder, der öffentliche Informationen vorsätzlich missbraucht, eine Höchststrafe von zwei Jahren Gefängnis erhält oder bis zu 3.200 US-Dollar zahlen muss. Ebenso beanstandet Batubara Artikel 54, der jedem bis zu fünf Jahren Haft androht, der Zugang zu »bestimmten« Informationen hat oder sie verbreitet. »Der Gesetzentwurf wird Journalisten davon abhalten, über Fehlverhalten in öffentlichen Institutionen zu berichten«, so Batubara. Es bliebe unklar, was man unter »bestimmten« Informationen verstehen solle, sagte er weiter. »Natürlich möchte niemand riskieren, ins Gefängnis geschickt zu werden. Der Entwurf wird Journalisten dazu bringen, negative Berichte zu vermeiden«, konstatierte er. »Wir wollen die Gesetzgeber um der Pressefreiheit willen dazu drängen, die Strafen aus dem Entwurf zu entfernen.«, so der Generalsekretär.

vgl. The Jakarta Post, 1.2.2008